Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt vierteljährlich ℳ 3.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 32. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Dresden-A., Räcknitzstr. 34, Tel. I, Nr. 4503.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf.
Familien-, Vereins- und Kleine Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei Johannisgasse.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Filial-Expedition: Berlin, Lützowstr. 10.
" " Dresden, Marienstr. 34.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & M. Klinkhardt).
Herausgeber Dr. Viktor Klinkhardt.

Nr. 637. | Freitag 15. Dezember 1905. | 99. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Gesetzentwurf über die Reform der Ersten sächsischen Kammer ist gestern dem Landtage zugegangen. (S. zweiter Artikel.)

* Im Reichstage kam es gestern wieder zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Reichskanzler und Bebel über Fragen der auswärtigen Politik. (S. Parlamentsbericht.)

* Die Vorlage über die Eisenbahn Lüderitzbucht—Kubub wurde gestern in der Budgetkommission des Reichstages mit 22 gegen 4 Stimmen angenommen. (S. Deutsches Reich.)

* Die Ersatzwahl im 16. sächsischen Reichstagswahlkreis Chemnitz ist auf den 13. Februar 1906 festgesetzt worden.

* Am gestrigen Abend fand eine große Leipziger Studentenversammlung statt, in der Professor Lamprecht und General Keim über die Flottenfrage sprachen. (S. Bericht.)

* Das Gelbbuch der französischen Regierung über die Marokkofrage ist jetzt durch die „Agence Havas" veröffentlicht worden. (S. 3. Artikel.)

Graf Posadowsky, der unbequeme Mahner.

Das sozialdemokratische Problem ist das wichtigste der ganzen deutschen Politik, auch der auswärtigen. Denn ohne die inter- und antinationale Sozialdemokratie würde auch die Regelung unserer auswärtigen Angelegenheiten sehr viel einfacher und nachdrücklicher sich gestalten können. Schon seit Jahren rechnet das Ausland mit den destruktiven Tendenzen der sozialdemokratischen Bewegung und hofft besonders auf ihre Betätigung für den Fall eines Krieges. Erst jüngst haben das die „Times" deutlich gezeigt, als sie die hohe staatsmännische Stufe der Bebelschen antimilitaristischen Etatsrede auf Kosten des Kanzlerexposées lobten und von einer weiteren Erstarkung der Sozialdemokratie die Ueberwindung des deutschen bedrohlichen Militarismus erhofften. Daß die „Times" so tun, als ob Deutschland im schönen Frühling des ablaufenden Jahres eine Intrige gegen englische Harmlosigkeit gesponnen und den Weltfrieden bedroht habe, ist nicht weiter überraschend. Fehlt nur noch der Nachweis, daß die berühmt gewordenen hundertausend Mann, deren kontraktlich ausgemachter Heldenmut Schleswig-Holstein erobern und die Franzosen zur Revanche begeistern sollte, vermummte deutsche Soldaten waren, die von Schleswig-Holstein aus heimlich Großbritannien unterwerfen wollten. Es ist nichts so dumm, daß es nicht die englische Hetzpresse und die deutsche Sozialdemokratie für glaubwürdig ausgäben, sofern es sich nur einigermaßen gegen deutsche Interessen verwerten läßt.

Aber so wichtig auch die Beeinflußung unserer auswärtigen Politik durch die absichtlich unvaterländischen Quertreibereien der Sozialdemokratie ist, noch weit gefährlicher ist die Bewegung für unsere gesamte innere Politik, für das staatliche, kommunale und gesellschaftliche Leben des deutschen Reiches geworden. Als ungefähr gleichzeitig mit der Gründung des Deutschen Reiches die Sozialdemokratie ihre ersten Versuche zur Gewinnung der proletarischen Massen anstellte, wurde sie nirgends recht ernst genommen. Deutschland hatte in der Industrialisierung nur erst eine schwache Entwicklung aufzuweisen, war noch weit mehr Agrar- und Handwerksstaat als heute und glaubte ohne Beunruhigung dem Treiben der Genossen, die als politische Mystiker galten, zusehen zu können. Besonders eins ist aus dieser Zeit beachtenswert, der Umstand, daß in jenen ersten Tagen die Sozialdemokratie noch nicht als gesellschaftsunfähig betrachtet wurde. Die Beziehungen Bismarcks zu Lassalle sind gerade hierfür sehr lehrreich. Erst allmählich, als der landesbedrohliche Charakter der neuen kommunistischen Glaubenssätze sich öffentlich zeigte, kam die Periode des gesellschaftlichen Boykotts, die ungefähr die Zeit des Sozialistengesetzes ausfüllte. Diese Anschauungsstufe ist nun längst vorüber, und die gewaltige Ausbreitung weniger der sozialistischen Ideen als der parteilichen Macht erzwang sich eine Berücksichtigung im Leben der Nation, das heißt in der Werkstatt, im Verkehr, im Parlament, daß von einem Boykott oder auch nur einer Negligierung keine Rede mehr sein kann. Der Industrielle, der heute erklärte, keine Sozialdemokraten in seinem Betriebe beschäftigen zu wollen, würde sich in den meisten deutschen Industriebezirken nur noch lächerlich machen. Aehnlich liegen die Verhältnisse in den Parlamenten, besonders im deutschen Reichstage. Hier in der Hauptsache freilich wegen des anscheinend unheilbaren Absentismus, der die Verhandlungen des Hauses dem guten Willen der sozialdemokratischen Partei auf Gnade und Ungnade überliefert. Jede Anzweiflung der Beschlußfähigkeit zieht bei Bestätigung die Vertagung nach sich zieht, und die systematische Handhabung dieser Waffe würde den ganzen Betrieb lahmlegen. Also heißt es paktieren. Und wenn man mit jemandem paktiert, kann man ihn nicht gut gesellschaftlich schneiden. Es ist also gründlich aus mit dem Boykott, und der sozialdemokratische Abgeordnete ist genau so und in jeder Beziehung der „verehrte Herr Kollege" wie jedes andere Mitglied des Hauses. Man darf das heute bedauern, ohne in den Geruch der Sozialistentöterei und Scharfmacherei zu geraten. So lange es noch möglich schien, in absehbarer Zeit die Arbeiterbewegung, den einzig gesunden und rückhaltlos zu fördernden Kern der sozialdemokratischen Bestrebungen, von diesen zu sondern und damit den Zielen des Ganzen, des Vaterlandes, wieder dienstbar zu machen, so lange konnte man Gründe für die Tolerierung anführen. Aber diese Möglichkeit muß heute als nicht mehr erkennbar erklärt werden. Wer will prophezeien, was werden mag! Die Hoffnung braucht niemand aufzugeben, aber es hieße doch die Zeichen der Zeit in ihr Gegenteil umdeuten, so jemand von einer Gesundung, einer Nationalisierung der Bewegung reden wollte. Deshalb darf man wohl daran erinnern, daß es für einen überzeugten Patrioten, ob er links oder rechts steht, doch schließlich nichts Aergeres gibt als den Anblick der Vaterlandslosigkeit. Dazu kommt, daß die literarische und künstlerische Produktion, vielfach verleitet vom Auslande, zu einer sehr bedenklichen Abneigung gegen das offene Bekenntnis zum Vaterlande gelangt ist. Unter der Devise der Politik- und Tendenzlosigkeit ist vielfach antinationale Politik getrieben worden auf diesem wichtigen Gebiete. Gewiß gibt es einen Hurrapatriotismus, der ebenso unschön wie unpraktisch ist, aber schlimmer ist jedenfalls die nationale Gleichgültigkeit oder gar Feindschaft. Nachdem nun über die heutige Seelenverfassung unserer Sozialdemokratie kein Zweifel mehr sein kann, nachdem wir Dresden und Jena und wieder Dresden erlebt haben, darf es wohl an der Zeit erachtet werden, das Bekenntnis zum Vaterlande wieder als unerläßliche Vorbedingung für politische Verhandlungs- und Verkehrsfähigkeit zu stipulieren.

Daß damit allein nicht viel getan ist, soll nicht bestritten werden. Es muß noch etwas Positives hinzukommen, eine Regeneration unserer bürgerlichen Welt. Man soll ein gutes Gewissen, auch ein gutes persönliches Gewissen, nicht nur ein staatliches, in den kommenden Tagen haben, damit nicht Vergleiche mit der Zeit vor der französischen Revolution billig und zutreffend werden. Was in dieser Beziehung Graf Posadowsky am Dienstag im Reichstage ausgeführt hat, das verdiente, hinter Glas und Rahmen in jedem Amtsbureau, jedem Kontor und an jedem Geldschrank zu hängen. Dann erst würde die rechte innere Berechtigung zur Ablehnung und schmählichen Verurteilung aller antinationalen Tendenzen gegeben sein. Der Minister wandte sich gegen bureaukratische Ueberhebung, gegen die Ueberschätzung des materialistischen Elementes, gegen soziale Verständnislosigkeit. Nicht weil es ein Staatssekretär und Minister sagte, sondern weil der Mahner unser tüchtigster und vornehmster Sozialpolitiker und ein grundehrlicher Mann ist, sollten seine Worte im ganzen Lande widerhallen. Dann wird die ihnen innewohnende Kraft sich ihre Beachtung erzwingen.

Das alles soll nicht etwa gedeutet werden, als gälte es, noch schnell vor dem großen Klabderadatsch Buße zu tun. Wir haben oft genug gesagt, daß revolutionären Bestrebungen vorläufig im Deutschen Reiche nicht mehr als höchstens einmal lokale Putschbedeutung beizulegen ist. Und so wird es hoffentlich noch lange bleiben. Aber besser werden die Zeiten nicht ohne unser Zutun und durch bloßes Zugucken. Also um noch ferne, aber doch einst mögliche Gefahren abzuwenden, heißt es für alle Deutschen vaterländischer Gesinnung, die Sozialdemokratie durch echt soziale Betätigung auf allen Gebieten zu bekämpfen, der Vaterlandslosigkeit aber die Tür zu weisen.

Die Reform der Ersten sächsischen Kammer.

Der Gesetzentwurf über die Reform der Ersten sächsischen Kammer ist dem Landtag zugegangen. Sein Inhalt entspricht dem, was schon vorher darüber bekannt geworden war. Die Technische Hochschule Dresden soll einen Vertreter erhalten und die Industrie soll durch fünf vom König aus den Kreisen des Handels, der Industrie und des Gewerbestandes auf Lebenszeit ernannte Mitglieder vertreten werden. Der Inhalt rechtfertigt also die Befürchtungen, die in den Kreisen der Industrie bisher laut geworden sind.

Gegen eine Vertretung der Technischen Hochschule Dresden wird sich billigerweise nichts einwenden lassen, dagegen wird die Industrie mit Bedauern davon Kenntnis nehmen, daß die Regierung sich nicht dazu hat entschließen können, dem Erwerbszweige die gebührende Beachtung zu teil werden zu lassen, von dessen Blühen und Gedeihen das Wohl des Königreichs Sachsen zu einem großen Teil mit abhängt.

Aus der Begründung des Gesetzentwurfes sei folgendes hervorgehoben. Sie bezieht sich zunächst darauf, daß schon im vorigen Landtag am 23. April 1904 der Antrag André einstimmig in der Zweiten Kammer angenommen worden ist, der dahin ging, die Regierung zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten, in welcher Weise bei der Zusammensetzung der Ersten Kammer den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen durch entsprechendere Berücksichtigung der Industrie, des Handels und des Gewerbes Rechnung getragen werden kann. In der Begründung heißt es weiter: Inzwischen haben die auf eine Reform der Ersten Kammer abzielenden Wünsche sich immer mehr vertieft und weitere Kreise erfaßt. Da die Regierung sich zu der Annahme berechtigt glaubte, daß man auch innerhalb der Ersten Kammer einer entsprechenden Vermehrung ihrer Mitglieder nicht grundsätzlich abgeneigt ist, so hat sich die Regierung, ohne den ursprünglich vorausgesetzten formellen Antrag bei den Kammern abzuwarten, zu der gegenwärtigen Vorlage entschlossen, die die Erste Kammer um 6 Mitglieder, 5 des Handels, der Industrie und des Gewerbes und 1 Vertreter der Technischen Hochschule Dresden, vermehrt. Dabei soll und kann an der eigentlichen Grundlage der Ersten Kammer, dem ständischen Prinzip, auch hierdurch nichts geändert werden. Auch die neuen Mitglieder sollen nicht Interessenvertreter sein, sondern sachkundige Berater und Teilnehmer an den Arbeiten der Ersten Kammer. Hier und da sei der Wunsch laut geworden, daß den Handels- und Gewerbekammern das Wahl- oder Vorschlagsrecht eingeräumt werden möge, man hätte sich jedoch dessen zu erinnern, daß gerade die Vertreter dieser Kammern bei den Besprechungen der Vertrauensmänner über die Wahlrechtsänderung im Jahre 1903 sich mit großer Entschiedenheit gegen die Uebertragung politischer Wahlen an diese Kammern ausgesprochen haben, um sie vor politischen Parteiungen zu bewahren.

Neben diesen vom König aus den Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe zu berufenden 5 Mitgliedern werden, wie bisher so auch künftig, die auf Grund von § 68 Ziffer 17 der Verfassungsurkunde erfolgenden Ernennungen nach freier Wahl auf weitere Angehörige dieser Berufsstände fallen können, doch sollen hierbei auch hervorragende Aerzte, Lehrer, Künstler und dergleichen, sowie außer Dienst befindliche Staats- und Gemeindebeamte in Betracht kommen. Die Bedeutung, welche die technischen Wissenschaften gegenwärtig auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verwaltung erlangt haben, und der Aufschwung, den die Technische Hochschule Dresden genommen hat, rechtfertigen es, daß ihr nunmehr ein Vertreter ebenso wie der Universität Leipzig eingeräumt werde. Endlich erscheint es angezeigt, den Sitz, den die Stadt Chemnitz in der Ersten Kammer auf Grund königlicher Berufung seit dem Jahre 1833 mit alleiniger Ausnahme der Jahre 1849 und 50 stets eingenommen hat, ständig zu machen und damit dieses große, in geistiger und gewerblicher Beziehung hoch entwickelte und aufgeblühte Gemeinderwesen auch in dieser Hinsicht den Städten Leipzig und Dresden gleichzustellen. Da hiermit eine Vermehrung der Städtevertreter nicht verbunden werden soll, bedarf nicht nur Ziffer 15, sondern auch Ziffer 16 des § 68 der Verfassungsurkunde eine entsprechende Aenderung.

Das Gelbbuch über Marokko.

(Telegramm der „Agence Havas".)

Das Gelbbuch über Marokko, das gestern in der Kammer verteilt wurde, enthält 368 Schriftstücke, die vom 3. März 1901 bis 4. Dezember 1905 reichen. Viele betreffen die verschiedenen Verletzungen des algerischen Gebietes oder Anschläge von Marokkanern gegen Franzosen, Zwischenfälle, die Beschwerden oder Kundgebungen beim Maghzen nötig machten, wovon die fremden Botschafter in Paris unterrichtet wurden. Ein Schreiben Delcassés an den Botschafter Noailles in Berlin vom 28. Juni 1901 gibt diesem Nachricht von der ersten Unterredung mit dem Fürsten Radolin über die Marokkosache; in der Unterredung habe Fürst Radolin die besondere Lage Frankreichs insbesondere auf Marokko wegen der Nähe Algeriens anerkannt. Fürst Radolin machte auf die Zeitungsartikel aufmerksam, in denen von einem „Protektorat" Frankreichs über Marokko die Rede war. Delcassé erwiderte, unter dem Worte Protektorat sei nur zu verstehen, daß Frankreich, der Herr von Algerien und Tunis, in Marokko eine ganz besondere Situation besitze. Fürst Radolin habe darauf geantwortet: „Jedermann ist sich über die Situation klar." Am 21. April 1904 meldet der Botschafter Bihourd in Berlin, daß Kaiser Wilhelm bestrebt sei, eine aktivere und kühnere Marokkopolitik zu treiben. Delcassé gibt am 6. Oktober den Mächten den Abschluß des französisch-spanischen Abkommens bekannt. Bihourd versichert dem Staatssekretär Frhr. v. Richthofen, daß dieses Abkommen in keiner Weise die den deutschen Interessen durch das französisch-englische Abkommen zugestandenen Garantien abändere. Infolge der Erklärungen des deutschen Reichskanzlers, er wisse nichts von dem französisch-englischen und dem französisch-spanischen Abkommen, betont Bihourd Bülow gegenüber die Aufrichtigkeit und Offenheit der Haltung Frankreichs. Die folgenden Aktenstücke behandeln den Besuch des deutschen Kaisers in Tanger, dessen dem Sultan übersandte Erklärungen bezüglich eines freien, dem Wettbewerb aller Nationen geöffneten Marokko und den deutschen Antrag auf Einberufung einer internationalen Konferenz. Delcassé gibt am 18. April 1905 dem Fürsten Radolin die Versicherung, daß Taillandier sich niemals als Träger eines europäischen Mandats ausgegeben habe. Bihourd berichtet am 23. April über die kriegerische Haltung Deutschlands und die Notwendigkeit, mit England zu verhandeln.

Am 11. Juni berichtet Rouvier in einem Schreiben an den Botschafter Bihourd über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin über die marokkanische Angelegenheit. Fürst Radolin habe erklärt, daß Deutschland dem Sultan versprochen habe, seine Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten und die Reformen auf dem Wege einer Konferenz zu regeln. Wenn nicht, werde es bei dem status quo bleiben müssen. Fürst Radolin habe hinzugefügt, es stehe bei ihm, zu bestellen, ob man wegen einer Formfrage Gefahr laufen solle, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht zu verbessern. Darauf habe er, Rouvier, erwidert, er habe stets erklärt, daß er dem Gedanken einer Konferenz nicht zuneige. Man könne befürchten, daß eine Konferenz, die nicht zum Ziele führe, eine schlechtere Lage als vorher schaffe. Radolin wiederholte, wenn diese Konferenz nicht stattfinde, so müsse Frankreich wissen, daß Deutschland hinter Marokko stehen würde.

Eine Note Rouviers an Radolin vom 21. Juni hält dessen frühere Ansichten über die Konferenz aufrecht, weist sie jedoch nicht entschieden zurück, sondern wünscht nur das Programm zu wissen. Der Botschafter in Berlin, Bihourd, schreibt am 23. Juni an Rouvier: Bülow habe in knappen und energischen Worten gesagt, daß die vorige Note für Deutschland eine Ueberraschung und Enttäuschung sei und daß er ihre Schlußfolgerungen nicht akzeptieren könne. Bihourd fügt hinzu: „Ich habe Bülow sehr höflich gefunden, aber er legte Nachdruck auf die Notwendigkeit, diese schlimme, sehr schlimme Sache sich nicht hinziehen zu lassen und sich nicht auf dem Wege am Rande des Abgrundes aufzustellen. Bülow betonte ausgiebig den Wunsch nach Wiederherstellung guter Beziehungen mit Frankreich. Die Konferenz würde zu diesem Ziele führen. Bihourd schließt: „Die Dringlichkeit, mit der der Reichskanzler Fürst Bülow eine baldige Lösung empfahl, machte lebhaft Eindruck auf mich. Sie ist dazu angetan, ernstliche Unruhe zu erwecken und die Entscheidung unserer Regierung zu beeinflussen. Dagegen versicherte er mir: Wenn wir die Konferenz annehmen, würde die deutsche Diplomatie in den späteren Verhandlungen eine Haltung einnehmen, mit der wir Grund haben würden, zufrieden zu sein."

Botschafter Bihourd schreibt unter dem 25. Juni an Rouvier, daß der Reichskanzler Fürst Bülow nochmals erklärt habe, die Konferenz beabsichtige nicht, der deutschen Diplomatie eine Genugtuung der Eigenliebe zu verschaffen noch die Würde einer größeren Nation zu schmälern, sondern einfach aus der Lage herauszukommen. Bülow habe hinzugefügt, man müsse eine Organisation in Marokko durch Mitwirkung der Mächte anstreben. Wenn der Versuch nicht glücke, werde Frankreich die Rolle, welche es wünsche, übernehmen können. Bülow habe feierlich erklärt, daß weder der Kaiser noch er selbst dazu ihre Zustimmung geben würden, daß auch nur die geringste Erniedrigung Frankreich auf der Konferenz zugedacht werde. Er selbst aber habe sich entschieden geweigert, bereits jetzt Einzelheiten des Programms festzusetzen.

Unter dem 26. Juli 1905 schreibt Rouvier an Bihourd, er würdige den Wunsch des Reichskanzlers Fürst Bülow, jede Reibung zu beseitigen, und er fügt dem hinzu: „Wir hätten uns nicht zu einer Zusammenkunft begeben können, die die Gefahr mit sich brächte, darauf hinauszulaufen, daß die Würde Frankreichs in Frage gestellt werde."

Am 1. August stellt Rouvier dem Fürsten Radolin das Programm der Konferenz zu.

Am 30. August beantwortete Rouvier in einem Schreiben an Radolin die Bemerkungen Deutschlands über das von der französischen Regierung vorgelegte Programm der Konferenz. In diesem Schreiben drückt Rouvier die Ansicht aus, daß die polizeiliche Ueberwachung des Waffenschmuggels an der französischen Marokkogrenze eine ausschließlich zwischen Frankreich und Marokko zu erledigende Angelegenheit bleiben müsse. Die Einigung sei dem Vorbehalte der besonderen bezüglichen Rechte Frankreichs untergeordnet.

Am 1. September erhält Bihourd von Loubet den Auftrag, Bülow gegenüber den guten Willen Frankreichs hervorzuheben. Rouvier konstatiert in diesem Schreiben die Schwierigkeiten, die von Deutschland behauptete einfache Sorge für die Wahrung seiner Interessen mit den Sonderrechten in Einklang zu bringen, welche Tattenbach zu erhalten suchte.

Ein Brief Bihourds an Rouvier vom 4. September kündigt an, daß Rosen nach Paris gesandt werde, um ein näheres Einverständnis herbeizuführen.

Das Gelbbuch enthält hierauf die vorläufigen und endgültigen Vereinbarungen zwischen Frankreich und Deutschland, und schließlich tun die letzten Dokumente die Annahme des Programms, des Orts und des Zeitpunktes der Konferenz durch Marokko dar.

Deutsches Reich.

Leipzig, 15. Dezember.

* **Die sächsische Regierung und die Wahlrechtsreform.** Die Interpellation des sozialdemokratischen Abgeordneten Goldstein in der Zweiten Kammer über das Verhalten der Regierung zu den Straßendemonstrationen hat, wie wir schon in der gestrigen Abendnummer des Leipz. Tagebl. meldeten, zu einer Erklärung des Ministers von Metzsch über die Stellung der Regierung zur Frage der Wahlrechtsreform geführt. Sie lautet entgegenkommender als aus der letzten Antwort, die auf die frühere Interpellation erfolgte, entnommen worden ist. Die Regierung will die Initiative ergreifen, und wenn sie daran die Bedingung knüpft „so bald sie einen geeigneten Weg gefunden zu haben glaubt", so darf dies dahin aufgefaßt werden, daß sie sich auch angelegentlich bemühen und beeilen wird, einen solchen Weg zu finden, denn sonst wäre dieser Zusatz nicht recht verständlich. Sieht die Regierung aber so, daß sie bereit ist, den Weg der Initiative wirklich zu beschreiten, dann ist es recht und billig, den in Aussicht gestellten Wahlrechtsentwurf abzuwarten und diesen dann erst zum Gegenstand aller weiteren Erörterungen über die Wahlrechtsänderung zu machen. Das ist um so mehr der gegebene Standpunkt, als die Regierung sich bewußt sein wird, daß eine weitere gesetzgeberische Unfruchtbarkeit auf dem Gebiet der Wahlrechtsreform, ja auch nur eine Verzögerung der in Aussicht gestellten Initiative von ihrer Seite die bestehende Unzufriedenheit über das jetzige Wahlrecht noch erheblich vertiefen und verbreiten würde. Aber der Minister hat zugleich auch darauf hingewiesen, daß sich die Regierung die Wahlrechtsreform nicht durch gesetzwidrige Demonstrationen abtrotzen lassen werde. Damit hat er ausgesprochen, was jede starke Regierung in solcher Situation zum Ausdruck bringen muß. Sie kann nicht gesetzlich unzulässigen Mitteln der Agitation für eine gesetzgeberische Maßnahme weichen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Und der Abg. Goldstein hat selbst zugegeben, daß die Demonstranten gegen das Gesetz gefehlt haben. An ihm und seinen Parteigenossen in Sachsen liegt es jetzt zu einem guten Teil, ob es zu einer Wahlrechtsreform kommt oder nicht. Ein weiteres Verharren auf dem Wege, der mit friedlichen Straßendemonstrationen begann, auf dem dann aber schon mehr oder weniger offen mit dem Generalstreik gedroht wurde, würde es mit vollem Recht der Regierung unmöglich werden, die versprochene Initiative in der Wahlrechtsreform der Zweiten Kammer zu ergreifen. Und so kann die Sozialdemokratie zeigen, ob es ihr ernst ist mit einem für die Arbeiterschaft und die unbemittelten Volksklassen verbesserten Wahlrecht oder ob sie die ganze Wahlrechtssache nur als eine politische Machtfrage für die eigene Partei ansieht. Ist das letztere der Fall, dann trägt sie die Schuld daran, wenn eine Wahlrechtsreform nicht zu Stande kommt. Im anderen Fall werden alle liberalen Kreise Sachsens bereit sein, für eine Wahlrechtsreform zu wirken, die die Mängel des bestehenden Wahlrechts ausmerzt zu Gunsten eines Wahlgesetzes, das allen Volksklassen eine gerechte Vertretung in der Zweiten Kammer ermöglicht.

* **Der südwestafrikanische Bahnbau in der Budgetkommission.** Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern die Beratung des zweiten Nachtragsetats zum Etat der Schutzgebiete fort. Es liegt ein Antrag Erzberger